

Bestens informiert.
Mit dem **Kommunal-Newsletter**.

Jetzt abonnieren:
www.staatsanzeiger.de/newsletter



Kreis & Kommune

Besoldung von Bürgermeistern

Müllheim muss Schadenersatz an ehemalige Chefin zahlen

In Baden-Württemberg darf der Gemeinderat über die Besoldungsgruppe eines Bürgermeisters entscheiden. In Müllheim ging diese Eingruppierung im Fall einer ehemaligen Bürgermeisterin schief, weil die Stelle nicht sachgerecht beurteilt wurde. Das hat das Verwaltungsgericht Freiburg entschieden. Die Klägerin fordert, diese Praxis zu überdenken.

Von Philipp Rudolf

FREIBURG/MÜLLHEIM. Astrid Siemes-Knoblich hat in den vergangenen Tagen viele Glückwünsche erhalten, sagt sie. Am vergangenen Freitag hat das Verwaltungsgericht Freiburg ihrer Klage gegen die Stadt Müllheim stattgegeben. Siemes-Knoblich war von 2011 bis 2019 parteilose Bürgermeisterin der Kommune im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald.

Zu Beginn ihrer Amtszeit hat sie der Gemeinderat in eine niedrigere Besoldungsgruppe eingruppiert als ihren Vorgänger und ihren Nachfolger, beides Männer. Sie hatte Schadenersatz auf Basis des Antidiskriminierungsgesetzes geltend gemacht. Das Verwaltungsgericht hat nun die Stadt Müllheim dazu verurteilt, für ihre achtjährige Amtszeit die Differenz zwischen den Besoldungsgruppen B3 und B4 zu erstatten – in Höhe von rund 50.000 Euro. Außerdem muss die Stadt die Differenz für das künftige Altersgeld zwischen den Besoldungsgruppen zahlen. Die Urteilsbegründung liegt noch nicht vor.

Siemes-Knoblich: Es gibt noch weitere Fälle

Baden-Württemberg macht mit der Praxis, dass der Gemeinderat über das Gehalt eines Bürgermeisters entscheiden kann, eine Ausnahme – andere Länder schreiben die Besoldung konkret vor.

Eigentlich muss der Gemeinderat anhand reiner Sachkriterien entscheiden, welche der beiden zur Auswahl stehenden Besoldungsgruppen er dem Rathauschef



Astrid Siemes-Knoblich und ihr Anwalt Jörg Düsseldorf haben vor dem Verwaltungsgericht Freiburg einen Sieg errungen. FOTO:RALF DECKERT

Eingruppierung bis zwei Monate nach Amtsantritt

Der Gemeinderat muss innerhalb von zwei Monaten nach Amtsantritt des Bürgermeisters dessen Eingruppierung vornehmen. In die Beurteilung der Stelle dürfen nur objektive Erwägungen einbezogen werden, etwa der Schwierigkeitsgrad des Amtes. Den Rahmen gibt die

jeweilige Einwohnergrößengruppe vor. Heidi Deuschle vom Beamtenbund betont, wie wichtig es ist, dass die Parameter bei der Besoldung von vorneherein klar definiert sind und unabhängig vom Geschlecht der Person angewandt werden.

zugesteht. Die Besoldungsgruppen ergeben sich aus der jeweiligen Gemeindegrößenklasse. In die Sachbewertung dürfen also keine persönlichen Merkmale, etwa die Person oder die Qualifikation einfließen. Bei der Bewertung spielen laut Landeskommunalbesoldungsgesetz etwa die Anzahl der Ortsteile und die damit verbundenen Aufgaben sowie die Anzahl der kommunalen Einrichtungen in einer Gemeinde eine Rolle.

Im Gemeinderat in Müllheim stand die Eingruppierung von Sie-

mes-Knoblich im November 2011 auf der Tagesordnung. Laut der ehemaligen Bürgermeisterin habe der Rat die niedrigere Besoldung damit begründet, dass man mit der Arbeit ihres Vorgängers unzufrieden gewesen sei und sie sich habe bewähren sollen, erklärt sie.

Für sie ist das ein vorgeschobenes Argument, um sie geringer zu bezahlen. Sie sieht in dieser Begründung eine unausgesprochene Diskriminierung. Zumal sich die Aufgaben der Stadt Müllheim im Vergleich zur Amtszeit ihre Vorgängers nicht

geändert hätten, betont Siemes-Knoblich, eher im Gegenteil.

Aleine die Tatsache, dass ihr Vorgänger und ihr Nachfolger mehr verdienten, belege die Ungleichbehandlung, betont sie.

Der Städtetag hält die Regelung für bewährt

Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts teilte Müllheims Bürgermeister Martin Löffler (SPD) mit, dass die Stadtverwaltung nach wie vor der Überzeugung sei, dass die Entscheidung des Gemeinderats nicht aus Motiven der Geschlechterdiskriminierung getroffen wurde.

Auch er spricht von einer unrichtigen Entscheidung des Gemeinderats. Ein Rechtsmittel würde dazu führen, dass der Verwaltungsgerichtshof „die Sach- und Rechtslage vollständig noch einmal prüft“, heißt es in der Stellungnahme weiter. Die Stadt Müllheim will nun prüfen, ob sie das Urteil anfechtet.

Die ehemalige Bürgermeisterin Siemes-Knoblich setzt sich heute für die gerechte Bezahlung von Frauen ein. Es gebe in Baden-Württemberg weitere Fälle wie ihrer, sagt sie. Auch deshalb hält sie die Regelung, dass der Gemeinderat über die Besoldung der Rathauschefs bestimmt, für nicht rechtskonform.

Der Städtetag hält diese Praxis für zielführend und bewährt, teilt der Verband auf Anfrage mit. Der Gemeinderat sei grundsätzlich das richtige Gremium, um die Einweisung in die Besoldungsgruppe zu Beginn der Amtszeit zu beschließen. Das gewählte Vertretungsorgan der Gemeinde bringe die notwendige Kompetenz mit.

Auch das Innenministerium hatte vor rund zwei Jahren mitgeteilt – als Siemes-Knoblich die Klage eingereicht hatte – dass sich die Regelung bewährt habe. Nun möchte das Ministerium die schriftliche Urteilsbegründung abwarten. Dann werde man sich dazu äußern.

Stadt Rastatt ist wegen Angriff von Hackern offline

RASTATT. Die Stadtverwaltung in Rastatt ist Ziel eines Hackerangriffs geworden. Am Dienstag war es aus zunächst unbekanntem Gründen zu massiven Netzwerkproblemen gekommen. Aus Sicherheitsgründen hat die städtische IT-Abteilung die digitalen Systeme der Verwaltung außer Betrieb gesetzt. Die Systeme waren deshalb offline: Der Dienstbetrieb war nur sehr eingeschränkt möglich. Die städtischen Ämter waren am Mittwoch weder per Telefon noch per E-Mail zu erreichen. Im Rathaus tagte am Mittwochmittag ein Krisenstab, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

Experten untersuchten im Laufe der Woche die Vorfälle und eventuelle Sicherheitslücken. Wann die Stadtverwaltung wieder am Netz und normal erreichbar sein wird, war am Mittwoch nicht absehbar. Die Stadt Rastatt bittet auf ihrer Internetseite die Bürger um Geduld und Verständnis. (sta)

Personalie

Landrat des Kreises Ravensburg im Amt bestätigt

RAVENSBURG. Harald Sievers (CDU) bleibt Landrat des Landkreises Ravensburg. Der Kreistag hat ihn am Dienstag im Amt bestätigt. Der 47-Jährige erhielt von den 70 anwesenden Kreisräten 52 Stimmen und erreichte damit im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Neun Kreistagsmitglieder wählten Sievers Gegenkandidaten, Utz Remlinger (CDU), der Vizepräsident des Regierungspräsidiums Tübingen ist. Weitere neun Räte enthielten sich.

Der Jurist Sievers leitet die Kreisverwaltung in Ravensburg mit rund 1700 Mitarbeitern seit dem Jahr 2015. Im Anschluss an sein Referendariat beim Oberlandesgericht Koblenz und das zweite juristische Staatsexamen war er ab 2005 beim Bundesrechnungshof und beim Senator für Inneres in Bremen tätig. Im Jahr 2007 wurde er zum Finanz- und Sozialdezernent der Stadt Dören in Nordrhein-Westfalen gewählt, ehe er nach Ravensburg wechselte. (sta)

Bürgermeisterwahlen vom 5. März 2023

Von 13 Bürgermeisterwahlen wurden acht entschieden, in fünf Orten braucht es einen zweiten Wahlgang. Unter anderem bei den Oberbürgermeisterwahlen in Albstadt und in Balingen (beide Zollernalbkreis) erhielt kein Kandidat die erforderliche absolute Mehrheit. In Albstadt wird ein Nachfolger von Jürgen Gneveckow gesucht, der nach 24 Jahren im Amt nicht erneut antrat. In Balingen kandidierte Helmut Reitemann nicht mehr für eine dritte Amtszeit.

IN DER ONLINE-BILDER-GALERIE FINDEN SIE FOTOS ZU WAHLABENDEN



LINK ZUR GALERIE
<https://www.staatsanzeiger.de/Wahlen>



TITISEE-NEUSTADT
Gerrit Reeker, Kämmerer Reeker beerbt Meike Folkerts.

Gerrit Reeker hat die Bürgermeisterwahl in Titisee-Neustadt (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald) gewonnen. Der 36-Jährige erhielt 85,91 Prozent der Stimmen. Er ist Diplom-Volkswirt und derzeit noch als Stadtkämmerer in Titisee-Neustadt tätig. Er folgt auf Meike Folkerts, die als Leiterin des OB-Referats für Steuerung und Koordination nach Freiburg gewechselt war.

Wahlbeteiligung:	41,23 %
Einwohnerzahl:	12.679
Wahlberechtigte:	9.490
Wahlresultat:	
Gerrit Reeker (parteilos)	85,91 %
Judith Kärrn (parteilos)	5,48 %
Stefan Burgard (parteilos)	3,78 %
Fabian Fath (parteilos)	1,15 %



RIELASINGEN-WORBLINGEN
Ralf Baumert, Bürgermeister Baumert sichert sich weitere Amtszeit.

Die Bürger von Rielasingen-Worblingen (Landkreis Konstanz) haben Rathauschef Ralf Baumert (SPD) für eine weitere Amtszeit gewählt. Der 63-Jährige erhielt 67,23 Prozent der Stimmen und kann damit seine dritte Amtsperiode planen. Sein Herausforderer, Peter Brüttsch (parteilos), kam auf 31,96 Prozent. Die Kommune entstand 1975 aus zwei Gemeinden im Zuge der Gemeindereform.

Wahlbeteiligung:	42,26 %
Einwohnerzahl:	12.168
Wahlberechtigte:	9.719
Wahlresultat:	
Ralf Baumert (SPD)	67,23 %
Peter Brüttsch (parteilos)	31,96 %



GAMMERTINGEN
Andreas Schmidt, Bürgermeister Schmidt löst Jerg als Rathauschef ab.

Schon im ersten Wahlgang konnte sich Andreas Schmidt (parteilos) gegen den amtierenden Bürgermeister von Gammertingen (Landkreis Sigmaringen) durchsetzen. Er erhielt 66,35 Prozent der Stimmen, während Holger Jerg auf 26,53 Prozent kam. Jerg muss damit nach 24 Jahren den Chefessel im Rathaus der Stadt räumen. Schmidt leitet derzeit noch den Geschäftsbereich Suchthilfe in drei Kliniken.

Wahlbeteiligung:	60,39 %
Einwohnerzahl:	6.450
Wahlberechtigte:	5.128
Wahlresultat:	
Andreas Schmidt (parteilos)	66,35 %
Holger Jerg (CDU)	26,5 %
Richard Buck (parteilos)	4,1 %
Alexander Merkle (parteilos)	1,76 %



BALTMANNSWEILER
Simon Schmid, Bürgermeister Schmid trat ohne Konkurrenz an.

Simon Schmid (parteilos) heißt der alte und der neue Bürgermeister der Gemeinde Baltmannsweiler im Landkreis Esslingen. Der 43-jährige Diplom-Verwaltungswirt wurde mit 98,34 Prozent der Stimmen für eine zweite Amtszeit bestätigt. Weitere Kandidaten gab es keine. Von den rund 5700 Einwohnern Baltmannsweilers waren rund 4500 wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag bei 34,08 Prozent.

Wahlbeteiligung:	34,08 %
Einwohnerzahl:	5.715
Wahlberechtigte:	4.490
Wahlresultat:	
Simon Schmid (parteilos)	98,34 %



NEUDENAU
Jochen Hoffer, Hauptamtsleiter Hoffer wechselt auf den Chefposten im Rathaus.

Der Hauptamtsleiter von Neudenu (Landkreis Heilbronn) wird Bürgermeister: Jochen Hoffer erhielt 66,4 Prozent der Stimmen und setzte sich damit gegen seine drei Mitbewerber durch. Der 42-Jährige folgt auf Manfred Hebeiß, der nach 24 Jahren im Amt nicht mehr angetreten war. Christoph Hamberger (wie alle parteilos) landete mit 19,66 Prozent auf dem zweiten Platz.

Wahlbeteiligung:	31,98 %
Einwohnerzahl:	4.823
Wahlberechtigte:	3.762
Wahlresultat:	
Jochen Hoffer (parteilos)	66,4 %
Christoph Hamberger (parteilos)	19,66 %
Stefan Ernst (parteilos)	11,87 %
Sebastian Müller (parteilos)	1,53 %